57. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzel-Nummer 10 Pfennig.

# Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 128

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

Donnerstag, 15. März 1928

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

# Unterbrechung der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen.

## Ein Beschluß des Reichskabinetts.

### Stresemanns Bericht über Genf.

**Das Reichskabinett, das sich in seiner heutigen Sitzung mit der Frage der Deutschenverhaftungen im Donez-Gebiet beschäftigte, hat, wie wir hören, dahin entschieden, daß die gegenwärtig in Berlin geführten Wirtschaftsverhandlungen bis zur Erledigung der Donez-Angelegenheit unterbrochen werden sollen.**

✲

Das Reichskabinett war vormittag 11 Uhr unter Vorsitz des wiederhergestellten Reichskanzlers Dr. Marx zusammengetreten, um den Bericht des Reichsaußenministers Dr. Stresemann über Genf entgegenzunehmen. An der Sitzung nahmen Vizekanzler Hergt, Reichsaußenminister Stresemann, der Reichswirtschaftsminister Curtius, Reichsfinanzminister Köhler und Reichsernährungsminister Schiele teil. Der Reichsaußenminister gab eine eingehende Darstellung über den Verlauf und das Ergebnis der letzten Tagung des Völkerbundsrats in Genf. Anschließend daran behandelte das Kabinett die Frage der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. Der Führer der deutschen Delegation in Warschau, Dr. Hermes, gab eine eingehende Uebersicht über die bisherigen Verhandlungsergebnisse.

## London und die Donez-Ingenieure.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

**London,** 15. März.

Die Auseinandersetzung zwischen Berlin und Moskau über die Verhaftung der deutschen Ingenieure wird hier, wie überhaupt die Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen, mit der allergrößten Aufmerksamkeit verfolgt. Man glaubt dieser Auseinandersetzung besondere politische Bedeutung beimessen zu müssen, die ihren Ausdruck in der sehr bestimmten Haltung Berlins finde. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" sieht bereits Anzeichen für eine wesentliche Aenderung der Politik des Auswärtigen Amtes Moskau gegenüber und für eine neue Solidarität der großen Westmächte. Es fällt ihm auf, daß Dr. Stresemann Genf verließ, ohne die Ankunft Litwinows abzuwarten, mit dem er noch während der Ratssitzung im Dezember längere Unterredungen hatte. Der Korrespondent, dessen russlandfeindliche Einstellung ebenso wie seine gewagten Spekulationen bekannt sind, spricht schließlich noch die Vermutung aus, daß die Verträge von Rapallo und Berlin wohl am Vorabend ihrer Kündigung angelangt seien.

# Eröffnung der Abrüstungstagung.

## Deutscher Antrag auf Offenlegung der Rüstungszahlen.

**Begrüßung der türkischen Delegation. — Vertagung der politischen Fragen auf Montag. — Drei Verhandlungspunkte: Sicherheitsvorschläge, Rußlands Abrüstungsantrag, Arbeit der vorbereitenden Kommission.**

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

**# Genf,** 15. März.

Kurz nach 11 Uhr vormittags wurde die fünfte Tagung der vorbereitenden Abrüstungskommission von Vorsitzenden London eröffnet. In ihrer Zusammensetzung hat sich einiges geändert. Die türkische Regierung beginnt heute ihre Mitarbeit. Sie wird bis zum Eintreffen des Außenministers Rüschdi Bei, der erst Sonntag nacht ankommt, durch ihren Gesandten in Bern, Munir Bei, vertreten. Die beiden unermüdlichsten Debatter früherer Tagungen, Paul-Boncour und de Brouckère fehlen; sie werden durch den Völkerbundsreferenten im französischen Außenministerium Graf Clauzel und den neuen Delegierten Belgiens Kolin-Jacquemyns ersetzt. Die Sowjetdelegation ist vollzählig zur Stelle. Für die Vereinigten Staaten sind Gibson und Wilson erschienen.

Der Vorsitzende begrüßte zunächst in herzlichen Worten die türkische Delegation und besprach sodann die als ersten Punkt auf der Tagesordnung stehenden **Ergebnisse der Arbeiten des Sicherheitskomitees,** die er als sehr befriedigend bezeichnete. Die zweite Tagung dieses Komitees im Juni müsse endgültig über ihre Beschlüsse entscheiden; auch müßten in dieser Junitagung die deutschen Vorschläge über kriegsverhütende Maßnahmen des Rates behandelt werden. Sodann besprach der Vorsitzende die weiteren auf der Tagesordnung stehenden Punkte. Zum **Abrüstungsantrag der Sowjetdelegation** bemerkte er, die Kommission müsse mit realpolitischem Sinn untersuchen, ob er praktisch durchführbar sei; unabhängig hiervon werde es außerordentlich wertvoll sein, ihn einer ernsthaften Prüfung zu unterziehen. Als dritter Punkt stehe auf der Tagesordnung der **Stand der Arbeiten der vorbereitenden Kommission.** Hierzu bemerkte London, er habe auf der letzten Tagung an die Regierungen appelliert über die noch schwebenden Gegensätze in dem in erster Lesung ausgearbeiteten Entwurf in Verhandlungen zu treten. Er wisse aber nicht, ob dies geschehen sei und welche Ergebnisse etwaige Verhandlungen gehabt hätten. Er hoffe, daß die Vertreter der betreffenden Regierungen hierüber Aufklärung erteilen würden.

Hiernach ergriff der türkische Vertreter Munir Bei das Wort, um zunächst dem Vorsitzenden für die Begrüßung zu danken. Er führte sodann aus die türkische Regierung habe stets eine Politik des Friedens verfolgt und lege den größten Wert auf jeden Schritt zur Sicherung des Friedens. Es gereiche deshalb zur großen Befriedigung, daß sie an diesen Arbeiten teilnehmen könne. Infolge der kurzen Frist seit der Einladung werde der Außenminister Rüschdi Bei nicht vor Sonntag nacht hier eintreffen und erst an der Montagssitzung teilnehmen können. Er hoffe, daß man ihm Gelegenheit gewähren werde, sich zu allen inzwischen behandelten Punkten zu äußern. Der deutsche Delegierte Graf Bernstorff sagte hierauf, es sei das erstemal, daß die türkische Regierung an den Arbeiten der Kommission teilnehme. Man habe deshalb die Pflicht, ihr die Möglichkeit zu geben, an der Erörterung aller politischen Fragen teilzunehmen, und er schlage deshalb vor, die Besprechung dieser Fragen auf Montag zu verschieben. Litwinow unterstützte diesen Vorschlag unter Hinweis darauf, daß die türkische Regierung auf Veranlassung der Sowjetregierung zur Teilnahme eingeladen worden sei. Es sei notwendig, daß an den Beratungen über die Abrüstungsfrage so viel Regierungen wie möglich teilnehmen. Man solle deshalb die Besprechung dieser Frage erst nach dem Eintreffen des türkischen Ministers beginnen. Der Vertreter Polens, Sokal, nahm sodann das Urheberrecht an der Einladung der türkischen Regierung für Polen in Anspruch und erklärte sein Einverständnis mit dem Vorschlag der Verschiebung. Er wies sodann darauf hin, daß die Delegierten der Vereinigten Staaten an den Verhandlungen des Sicherheitskomitees nicht teilgenommen hätten und zunächst den Bericht hierüber studieren müßten. Der Vorsitzende betonte ebenfalls, daß man aus Entgegenkommen gegen die türkische Vertretung die Debatte über die Hauptpunkte auf Montag verschieben solle. Mit Rücksicht auf die Vertreter der Vereinigten Staaten schlug er vor, auch die Debatte über die Arbeiten des Sicherheitskomitees auf Montag zu verschieben. Graf Bernstorff unterstützte diesen Vorschlag. Er legte sodann Wert auf die Feststellung, daß bei der Besprechung des Standes der Arbeiten der vorbereitenden Abrüstungskommission alle mit dem Abrüstungsproblem zusammenhängenden Fragen erörtert werden können. Er stelle diese Frage, da er unter anderem beabsichtige, einen Antrag zu stellen, der an seine im September abgegebene Erklärung über die **im Völkerbundspakt aufgestellten Verpflichtungen voller Oeffentlichkeit hinsichtlich der Rüstungen und der Waffenfabrikation anknüpfe. Dieser deutsche Antrag ist bereits auch schriftlich eingebracht worden** und wird bei der Beratung des Standes der Konferenzarbeiten erörtert werden. Die Versammlung genehmigte die Verschiebung der politischen Fragen, und die nächste Sitzung wurde auf morgen nachmittag anberaumt. In dieser Sitzung sollen die Arbeiten des Sicherheitskomitees besprochen werden.

**Stockholm,** 15. März.

Die Abrüstungsinterpellation des Bürgermeisters Lindhagen beantwortete Außenminister Löfgren mit einer ausführlichen Uebersicht über den Stand der Abrüstungsfrage. Er erklärte, daß die schwedische Regierung an der Verminderung der Konflikte durch Mitarbeit an der internationalen Rechtsordnung im Sinne der allgemeinen Abrüstung mitwirke.

## Zubkow ausgewiesen.

* Der Regierungspräsident von Köln als Landespolizeibehörde hat, wie wir erfahren, **Alexander Zubkoff,** den Gatten der Prinzessin Viktoria von Preußen, nachdem er wegen Paßvergehens rechtskräftig verurteilt worden ist, aus dem deutschen Reichsgebiet ausgewiesen.

## Zwischenfall an der Bukarester Universität.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

**Bukarest,** 15. März.

An den Bukarester Hochschulen macht sich neuerdings wieder eine akademische Bewegung bemerkbar. Gestern vormittag wurde ein jüdischer Student verprügelt. Die Ruhe konnte erst nach Eingreifen der Sicherheitsbehörden hergestellt werden. Das Unterrichtsministerium drohte für den Fall weiterer Zwischenfälle die Schließung der Universität an.

# Demokratische Kontrolle.

### Nachwort zum Leipziger Landesverratsprozeß.

Von

**Rudolf Olden.**

**Leipzig,** 15. März.

Die weißen Haare, die das vornehme Haupt des Senatsvorsitzenden schmücken, kennzeichnen Weisheit und Würde, mit denen verhandelt wird. Man vergißt daran, daß sich hier einmal, als der Präsident Niedner noch den Staatsgerichtshof leitete, wilde Szenen abspielten, daß in einem dieser Säle — unvergessene Schmach der Justiz — ein deutscher Rechtsanwalt von Polizisten angefaßt und abgeführt wurde. Der Ehrengerichtshof, der kürzlich über seine angeblichen Verfehlungen urteilte, hat ihn rehabilitiert und damit zugleich ein vernichtendes Verdikt über den gefällt, der seine Disziplinarmacht so arg mißbrauchte. Gestern und heute, als gegen zwei „Landesverräter" prozediert wurde, war alles ganz anders, war es so, wie man die Verhandlung von Rechtssachen vor dem obersten Gerichtshof eines großen Kulturvolkes erwarten darf. Der Vorsitzende, der Bedeutung seiner Stellung bewußt, ließ Ankläger wie Verteidiger sich nach Verlangen aussprechen, nahm, auch wenn harte und heftige Worte fielen, kein einziges Mal Zuflucht zu dem Hilfsmittel der Rüge, die stets, wenn sie kommt, zu spät kommt, versäumte nie, die Angeklagten mit der äußersten Urbanität zu behandeln, ließ dem prozessualen Ablauf Zeit und Raum, wie er ihrer bedurfte, vermied im ganzen wie im einzelnen die Eile, die Schiller, wenn er den Hochverratsprozeß gegen die unglückliche Königin von Schottland kritisch schildert, — gültig ein für allemal, — mit dem Wort „unanständig" gebrandmarkt hat. Nichts kann, wenn man die Irrtümer der Justiz, an denen es nie fehlen wird, erleben und pflichtschuldig als das, was sie sind, bezeichnen muß, mehr zur Versöhnlichkeit, zum Verständnis gegenüber den Irrenden stimmen, als diese wahrhaft glänzende Form, in der der Präsident des fünften Strafsenats die Hauptverhandlung gegen zwei radikale Pazifisten durchgeführt hat. Keine schlimmere Selbstentthüllung ist denkbar, als die eines nah Beteiligten, der tadelnd sagte, unter seinem Vorsitz wäre die Verhandlung „in drei Stunden erledigt" gewesen, und es beweist, was man auch sonst in Leipzig erzählt, daß keineswegs bei allen dort Amtierenden dieser Geist der Abgeklärtheit vorherrscht. Unwürdig wäre der eigenen Größe und Geschichte die Nation, deren höchstes Gericht sich nicht die nötige Zeit gönnte, um die Rechtsfälle, die ihm ihrer grundlegenden Wichtigkeit wegen das Gesetz überwiesen hat, in Ruhe und Beschaulichkeit zu verhandeln und zu beraten.

Was die beiden Außenstürmer einer neuen Weltbetrachtung angeht, die durch ihre Publikationen Objekte der Rechtsprechung geworden waren, so würde es vielleicht genügen, zu wiederholen, was das Urteil ausdrücklich bestätigt hat, daß sie reinen Willens waren, daß ihre Absicht, wie sogar der Ankläger hervorhob, keineswegs auf eine Schädigung des Reiches ging, sondern daß sie auf ihre Weise zu bessern und zu helfen glaubten. Ihre Methode, nur den Splitter im eigenen, nie den Balken im fremden Auge zu sehen, ist anfechtbar, ihr uneigennütziges Streben nach Völkerfriede ist vom Reichsgericht, das sie verurteilte, nicht bezweifelt worden. Damit allein ist vielleicht schon genügend festgestellt, daß peinliche Anklage und Zuchthausdrohung, die gegen Verbrecher geschaffen sind, für solche politische Ideologen nicht die geeigneten Behandlungsmittel sind. Aber darüber hinaus nahm die Gerichtsverhandlung einen besonderen Charakter an, weil ein geradezu historischer Vorgang hier diskutiert und abgeurteilt wurde. Es war im Jahre 1925, als die Reichsregierung offen erklärte, daß sie sich unter besonderen Umständen gezwungen geglaubt hatte, die Reichswehr durch, vom Friedensvertrag und Wehrgesetz ausgeschlossene, kurzfristig dienende Soldaten zu ergänzen, und daß dieses sogenannte Zeitfreiwilligensystem der äußeren politischen Leitung erhebliche Schwierigkeiten bereitete, ja sogar einem Teil des besetzten Gebiets die langersehnte Räumung zeitweise vorenthielt. Nachher erst, als die entscheidenden diplomatischen Vorgänge schon vorüber waren, erschienen in der Zeitschrift „Das andere Deutschland" jene Artikel, die, in Form scharfer Angriffe gegen den Reichswehrminister Dr. Geßler, behaupteten, daß es noch immer solche Zeitfreiwillige gäbe, und daß sich mehrere von ihnen unter den bei der Veltheimer Katastrophe Umgekommenen befunden hätten. Eine Schädigung des Reiches, eben jene verzögerte Befreiung der Kölner Zone, war als Folge früherer Vorgänge und ihres notwendigen Eingeständnisses durch den Reichskanzler eingetreten, ihre Wiederholung zu verhindern, war der Zweck dieser Publikation. Was das Urteil dem Verfasser jener Artikel und seinem mitverantwortlichen Redakteur zum Vorwurf macht, ist, daß sie sich mit ihrer Mitteilung an die Oeffentlichkeit wandten, statt im stillen auf die Abstellung der Ungesetzlichkeiten zu dringen. Sie hätten neben dem Nützlichen, das sie beabsichtigten, die Möglichkeit der Schädigung des Reichs in Betracht ziehen müssen. Nicht die Aufdeckung von Illegalitäten könne illegal sein; aber Illegalitäten der Reichsregierung zum Vorwurf zu machen, erfülle den Tatbestand des Landesverratsparagraphen. Hört man demgegenüber die Darlegung der Verteidiger, — daß es nämlich unter dem Regime des Ministers Geßler fast unmöglich gedacht schienen habe, Mißstände durch bloße Beschwerden zu beheben, daß ihre Verleugnung durch seine Beauftragten sich fast regelmäßig als unglaubwürdig herausgestellt habe, daß ja der neue Wehrminister eben erst erklärt habe, die Glaubwürdigkeit